



Besonders herausfordernd ist für uns die Erfahrung, dass Protest in der Offenen Arbeit nur begrenzt wirksam ist. Während in Kitas oder Schulen schnell politischer Druck entsteht, bleiben Schließungen in unserem Feld oft unsichtbar. Unsere Angebote sind freiwillig, die Auswirkungen werden selten öffentlich thematisiert, und genau das führt dazu, dass politische Entscheidungsträger:innen den Druck weniger stark spüren. Das führt dazu, dass wir zusätzliche Wege finden müssen, um überhaupt sichtbar zu werden – etwa durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit oder indem wir Eltern aktiv ansprechen. Gleichzeitig wissen wir, dass genau diese zusätzlichen Schritte Zeit und Energie kosten, die uns dann an anderer Stelle fehlen. Für uns bedeutet das eine doppelte Herausforderung: Neben unserer pädagogischen Arbeit müssen wir Formen des Protests entwickeln, die wirksam sind, ohne unsere Verantwortung gegenüber den Kindern aus dem Blick zu verlieren. Diese Abwägung ist nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine sehr persönliche. In Gesprächen mit Kolleg:innen aus anderen Einrichtungen merken wir immer wieder, dass es vielen ähnlich geht. Auch die Frage, ob eine Einrichtung für Protest geschlossen wird, ist oft mit Unsicherheit und inneren Konflikten verbunden ist.

Eine größere Chance auf öffentliche Sichtbarkeit und damit auch Wirkung haben wir jedoch, wenn wir alle zusammenarbeiten. Die Social Media-Kampagne

der IVOA „Jeden Tag schließt sich eine Tür“ im Dezember hat uns gezeigt, wie viel wir gemeinsam erreichen können. Weil sich viele Einrichtungen beteiligt haben, war der Aufwand für jede einzelne überschaubar, und dennoch konnten wir eine große Reichweite erzielen. Gerade im Bereich Social-Media können wir die Kinder und Jugendlichen miteinbinden, denn sie kennen sich mit digitalen Formaten oft bestens aus und haben Spaß daran, den Erwachsenen etwas beibringen zu können. Solche Formate bieten zudem die Möglichkeit, die Perspektiven der Kinder und Jugendlichen sichtbar zu machen und ihnen Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen. Auch im Einrichtungsalltag lassen sich niedrigschwellige Formen des Protests integrieren. Gemeinsam gestaltete Plakate oder Transparente können nicht nur Haltung zeigen, sondern auch Gespräche mit Besucher:innen und Eltern anregen. Auf diese Weise wird Protest für uns nicht nur zu einer punktuellen Aktion, sondern zu einem Teil unseres pädagogischen Handelns.

DER BAUSPIELPLATZ RÜBEZahl in Barmbek ist seit 1973 eine niedrigschwellige Einrichtung der OKJA für 6–14-Jährige Kinder und ihre Familien. Der „BAUI“ bietet den Besucher:innen vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung im geschützten Rahmen und gleichzeitig gemeinsames Lernen von Partizipation und Sozialkompetenzen.

Doch uns ist klar, wir müssen beides tun: Protestformen entwickeln, die sich in den Alltag unseres Bauspielplatzes integrieren lassen und an Protesten teilnehmen. Wir müssen jetzt etwas unternehmen, damit wir in der Zukunft weiter unsere Arbeit machen können. Dass wir uns trotz allem immer wieder aufs Neue dazu entscheiden, unsere Einrichtung zu schließen, ist Ausdruck dieser Dringlichkeit. Wir protestieren für die Zukunft, die wir unseren Besucher:innen bieten wollen. Eine Zukunft, in der sie weiterhin mit uns rechnen können – mit Orten wie unserem Bauspielplatz. Wenn Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit weiter gekürzt oder geschwächt werden, hat das direkte Auswirkungen auf Teilhabe, Entwicklungschancen und soziale Gerechtigkeit.

Es motiviert uns, wenn wir feststellen, dass unser Handeln politische Wirkung entfaltet. Wir planen gemeinsam spannende Aktionen, die viel Sichtbarkeit schaffen und wir bringen die Menschen dazu, uns zuzuhören. Es gibt uns Kraft zu sehen, wie wir uns beteiligen und organisieren können, weil wir ein gemeinsames Ziel haben. Unser Wunsch ist, dass noch mehr Kolleg:innen die Dringlichkeit dieser Situation erkennen und sich vermehrt solidarisieren. Denn wir sind überzeugt: Je mehr wir gemeinsam handeln, desto größer ist die Chance, tatsächlich etwas zu verändern.

SONDERTÖPFE ODER VERLÄSSLICHE SOZIALE INFRASTRUKTUR?

*Ein Praxisschockbericht
von Olaf Sobczak*

Teil des Kinder- und Familienzentrums im Barmbek Basch (KiFaZ) sind die Familienteams in Barmbek und Langenhorn, die zusammen mit den Kolleginnen des KiFaZ seit vielen Jahren verlässliche Angebote für Schwangere und Familien mit Kleinkindern anbieten. Wir sind somit ein wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur im Bezirk Hamburg-Nord und in der Stadt. Insgesamt werden wir durch vier verschiedene Zuwendungen finanziert: Frühe Hilfen (Bundes- und Landesmittel, ergänzt durch Mittel aus dem Quartiersfonds), Familienförderung, Ferienmittel und seit 2023 auch mit sogenannten Flüchtlingsmehrbedarfen (FMB), die infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zuerst als UKR-Mehrbedarfe eingeführt wurden.

Mit den zusätzlichen Mitteln durch die Flüchtlingsmehrbedarfe haben wir in den letzten drei Jahren unsere Angebote für die Familien erweitert. Sowohl neue Angebote in den Unterkünften als auch Hausbesuche waren als niedrigschwellige (teil-)aufsuchende Angebote sehr hilfreich um Nutzer*innen zu erreichen, Vertrauen aufzubauen und zur Inanspruchnahme weiterer (neuer) Angebote an den Standorten der Familienteams oder auch anderer Einrichtungen zu ermutigen. Insgesamt wurden etwas über drei Vollzeitstellen auf letztlich sieben neu eingestellte Kolleginnen verteilt.

Mit engagiertem Einsatz wurden neue Kolleg*innen eingearbeitet, Prozesse und organisatorische Strukturen angepasst und neue Angebote entwickelt. Wir haben so soziale Notlagen und Belastungen deutlich etwas lindern können. Mit diesen neuen Angeboten können jedoch längst nicht alle Bedarfe abgedeckt werden. Die

Not der Familien in den Stadtteilen und vor allem in den Unterkünften ist weiterhin groß.

Seit 2023 wurden die Flüchtlingsmehrbedarfe jährlich befristet bewilligt und nach den Sommerferien kam dann wieder die Frage auf, wie es mit den Mitteln für nächstes Jahr weitergeht. Für die Träger, für die Nutzer*innen, für die KiFaZe, die Familienteams und die Kolleginnen ist es wichtig, frühstmöglich Klarheit darüber zu haben, ob und wie es weitergeht. Alljährlich bangen neu eingestellte Kolleg*innen um die befristeten (Teil-)Stellen und ihre Arbeitsverträge. Die Zuwendungsbescheide kamen jeweils recht kurzfristig Anfang oder Mitte Dezember. In 2025 war es jedoch anders, denn die Kürzungen im SIN-Mittel und OKJA-Bereich sollten ebenso die Angebote der Frühen Hilfen und KiFaZe betreffen.

Das letzte Quartal des Jahres 2025 war daher begleitet von fachlichen und politischen Kämpfen im OKJA, Famfö und Frühe Hilfen-Bereich, um Kürzungen bei den SIN- und FMB-Mitteln abzuwenden. Zahlreiche Aktionen, Demonstrationen, Erarbeitung von Positionspapieren, Mails und fachliche Gespräche mit Parteien, behördlichen Mitarbeiter*innen, Öffentlichkeitsarbeit mit Medienvertreter*innen von Presse und TV wurden dringend notwendig. Ebenso wichtig waren Gespräche mit den betroffenen Kolleg*innen und den Familien, die sich um ihre Zukunft sorgten. Die mit befristeten Arbeitsverträgen ausgestatteten Kolleg*innen mussten verständlicherweise nach anderen Stellen Ausschau halten. Somit waren die Träger und Teams lange von hoher Unsicherheit geprägt, die sich auch auf die Angebote und die Nutzer*innen auswirkte.

Mitte Dezember (am 16.12.25) erhielten wir dann einen Ablehnungsbescheid bezüglich der beantragten Zuwendung auf Flüchtlingsmehrbedarfe. Kurz vor Weihnachten musste Kolleg*innen mitgeteilt werden, dass ihre Stunden wegfallen oder reduziert werden müssen. Der Schock, die Enttäuschung und die Trauer waren

OKJA und die Sockelbeträge für die Elternlotsen erhöht werden, so dass die Sondertöpfe (SIN und FMB) entfallen können. Die jährlich wiederkehrenden ‚Verhandlungen‘, um prekäre kurzfristige Sondertöpfe müssen unbedingt vermieden werden, weil sie keine nachhaltigen Angebotsstrukturen ermöglichen, sondern aufgrund der großen Unsicherheit, diese Strukturen letztlich mitgefährden. Als Folge dieser großen Unruhe und Unsicherheit, die das alljährliche Zittern um diese Sondermittel verursacht hat, gibt es in unserem Kifaz und den Familienteams die Entscheidung, nicht mehr mit befristeten Stellen aufgrund von jährlichen Sondertöpfen arbeiten zu wollen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen werden wir zukünftig bei kurzfristigen oder neu aufgelegten Sondertöpfen sehr zurückhaltend sein. Für den Erhalt und Ausbau nachhaltiger und stabiler Angebotsstrukturen setzen wir uns ein und stehen mit unseren qualitativ wertvollen Angeboten und unserer Expertise auch zukünftig gern als Partner zur Verfügung.

Wir wissen, dass seitens der Fachbehörde und des Bezirks unsere Arbeit sehr wertgeschätzt wird und dass unsere Angebote wichtig für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt sind. Auch die Bildungssenatorin Frau Bekeris hat im Familienausschuss am 20.3.26 betont, dass die Angebote der Frühen Hilfen als sehr wichtig angesehen werden. Wir sind gespannt darauf, wie sich dies in den Haushaltsverhandlungen niederschlägt und welche Auswirkungen es auf die zukünftigen Zuwendungen haben wird.

OLAF SOBCZAK

Diplom-Sozialarbeiter, leitet seit Ende 2022 das KiFaZ im Barmbek Basch, mit den Familienteams in Barmbek und Langenhorn. Davor war er 2,5 J. Ansprechpartner für Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen im Sozialraummanagement in Wandsbek, 7 J. Leitung von HOME SUPPORT und 14 J. bei HUDE.

groß. Kolleg*innen wussten nicht, wie sie sich und ihre Familien im Folgejahr finanzieren. Eine Kollegin hat sich entschieden zu gehen, weitere mussten sich woanders bewerben, damit sie einen sicheren Job finden. Ein paar Tage später (am 19.12.25) kam dann eine Mail, dass die Flüchtlingsmehrbedarfe für die Familienteams doch bereitgestellt werden. In der zweiten Januarwoche 2026 erhielten wir dann den Zuwendungsbescheid. Obwohl die Kolleg*innen dann erleichtert waren, hat dieser nervenaufreibende Prozess doch Spuren hinterlassen und vor allem auch zu einem erheblichen Vertrauensverlust geführt.

Nun ist allen bewusst, wie prekär und unsicher Personalstunden und Angebote sind, die auf Zuwendungen im Rahmen der SIN-Mittel oder Flüchtlingsmehrbedarfe basieren. Wie können Träger so Personal halten oder für sich gewinnen? Wir fragen uns ernsthaft, wie wichtig sind der Stadt noch die verlässlichen nachhaltigen und sozialen Angebotsstrukturen? Und was ist sie bereit dafür zu geben?

Ziel muss es sein, nachhaltige und verlässliche Zuwendungszusagen für die Frühen Hilfen zu erreichen, indem die Landesmittel in den Frühen Hilfen für die Familienteams und die Rahmenzuweisungen für die Famfö, die

WENN JUGENDARBEIT INS WANKEN GERÄT

Stefanie Schmidt über Protest und Perspektiven aus Halle (Saale)



Am 25. Februar versammelten sich rund 3.000 Menschen vor dem halleschen Stadthaus.

Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit, Vertreter*innen freier Träger, Jugendliche und Unterstützer*innen protestierten gegen eine Situation, die sich in den Wochen zuvor dramatisch zugespitzt hatte. Viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Halle standen plötzlich vor dem Aus.

Was ursprünglich als Kundgebung mit etwa 200 Teilnehmenden angemeldet worden war, entwickelte sich zu einer der größten sozialpolitischen Demonstrationen der vergangenen Jahre in der Saalestadt, wie die lokale Presse berichtete. (1) Die Kundgebung fand bewusst unmittelbar vor der Stadtratssitzung statt, um die Situation sichtbar zu machen und die kommunalpolitische Debatte direkt zu erreichen. Organisiert wurde die Aktion vom Stadtjugendring Halle (Saale).

Die große Beteiligung überraschte selbst die Organisierenden. Eine vorbereitete Bühne gab es nicht. Eine mitgebrachte Leiter diente kurzfristig als Podest für die Redebeiträge. Von dort aus sprachen Fachkräfte, Vertreter*innen von Trägern sowie Jugendliche selbst.

Die Beiträge waren eindringlich und teilweise sehr emotional. Sie machten deutlich, welche Bedeutung Jugendräume und sozialpädagogische Angebote für junge Menschen haben. Gleichzeitig wurde spürbar, wie sehr die Situation viele bewegt und wie fragil diese Strukturen werden können, wenn Finanzierungsmechanismen ins Stocken geraten.

Eine Krise aus der Haushaltsführung

Ausgangspunkt war ein vom Landesverwaltungsamt zunächst nicht genehmigter Haushalt der Stadt Halle (Saale). Damit befand sich die Kommune zu Beginn des Jahres in vorläufiger Haushaltsführung. Zwar können auch in dieser Phase Zuwendungen ausgezahlt werden. In Halle geschah dies zunächst nicht, sodass freie Träger mehrere Wochen in Vorleistung gehen mussten.

Für viele Träger kam dies überraschend. Grundlage sind eine beschlossene Jugendhilfeplanung sowie entsprechende Beschlüsse. Die Finanzierung galt als gesichert.

Um Angebote aufrechtzuerhalten, mussten Einrichtungen laufende Kosten selbst tragen. Nicht alle Träger verfügen über ausreichende Rücklagen, um längere Zeit

vorzufinanzieren. Gerade dort, wo bereits investiert werden musste, sind Mittel gebunden oder aufgebraucht.

Mit der ausbleibenden Zahlung spitzte sich die Lage zu. Erste Einrichtungen kündigten an, Angebote einstellen oder schließen zu müssen. Mitarbeitende wurden entlassen oder Stunden reduziert. Teilweise wurden Ausgaben gestoppt, einzelne Träger mussten sich mit möglichen Insolvenzverfahren befassen.

Für Fachkräfte, Träger und junge Menschen entstand große Unsicherheit. Einrichtungen, die wichtige Orte im Alltag sind, standen plötzlich infrage.

Ein Auftritt mit politischer Dynamik

Auch die Kundgebung entwickelte Dynamik. Der Oberbürgermeister ergriff auf dem Weg zur Stadtratssitzung das Wort und erklärte, eine Lösung sei gefunden worden. Kurz darauf relativierte das Landesverwaltungsamt diese Darstellung. Es sei der Stadt bekannt gewesen, dass Auszahlungen grundsätzlich möglich sind. In der Stadtratssitzung wurden vorläufige Zuwendungsbescheide in Aussicht gestellt. Diese schaffen jedoch nur Planungssicherheit bis Mai.



EBENSO WICHTIG WAREN GESPRÄCHE MIT DEN BETROFFENEN KOLLEG*INNEN UND DEN FAMILIEN, DIE SICH UMHRE ZUKUNFT SORGTEN.